

Windkraft? Nein, danke

Verband streicht Flächen zusammen
Kritiker nennen das rechtswidrig
Von Peter Hanack

In Schöneck im Main-Kinzig-Kreis sollten Windräder gebaut werden, bei Seligenstadt waren dafür Flächen vorgesehen, in Hammersbach, bei Weilrod und in der Nähe von Grävenwiesbach im Taunus. Insgesamt 66 Vorranggebiete für die Nutzung der Windkraft waren einmal im Entwurf zum Regionalen Flächennutzungsplan für den Ballungsraum Rhein-Main eingezeichnet. Nun sollen neue Windräder nur noch auf fünf Arealen gebaut werden dürfen (siehe Karte). So hat es die CDU gemeinsam mit der FDP am Mittwoch in der Verbandskammer des Planungsverbandes be-

schlossen – gegen die Stimmen von SPD und Grünen.

„Dies ist ein rigoroser ökologischer und politischer Kahlschlag“, schimpfte Ludger Stüve, Sprecher der SPD und Bürgermeister der Gemeinde Schöneck. „Es ist damit absolut schleierhaft, welchen Beitrag der Ballungsraum liefern möchte, um das von Ministerpräsident Roland Koch formulierte Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2020 den Anteil der regenerativen Energien in Hessen auf 20 Prozent steigen zu lassen.“

SPD und Grüne zeigten sich einig, dass die fünf im Entwurf übrig gebliebenen Flächen nicht

ausreichen. Für den Windkraftausbau stünden damit nur noch 1,4 Promille des Verbandsgebiets zur Verfügung. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im Jahr 2007 geurteilt, dass eine Ausweisung von weniger als drei Promille in einem Regionalen Raumordnungsplan nicht statthaft sei. „Damit betreibt die CDU eine Verteidigungsplanung, der Regionale Flächennutzungsplan wird damit vor Gericht keinen Bestand haben“, sagte der Niederdorfeldener Bürgermeister Matthias Zach für die Grünen.

„Ein Verdichtungsgebiet wie der Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main ist keine Region für Windenergie“, sagte Dreieichs Erste Stadträtin Andrea Mühl für die CDU. Die für die Erholung der Menschen wichtigen Gebiete müssten vor Windkraftanlagen geschützt werden. Darin sei sich die CDU im Verband mit Energieministerin Silke Lautenschläger (CDU) einig, die im FR-Interview gesagt hatte, „Hessen ist kein Land der Windenergie“.

„Freie Flächen sind wichtig für die Naherholung“, sagte Willi Steckelberg für die FDP. Windräder in einem Binnenland wie Hessen erschienen häufig wie ein „teures politisches Alibi“. Gleichzeitig teilte Steckelberg die Einschätzung von SPD und Grünen, die geringe Zahl an Vorranggebieten könne als „Verhinderungsplanung“ angesehen werden. „Das wird vor Gericht nicht bestehen können“, sagte Steckelberg. Insgesamt aber halte die FDP den Planentwurf für gelungen und stimme deshalb für die Offenlage.

Zuvor hatte Verbandsdirektor Stephan Wildhirt (SPD) gemahnt, mindestens fünf Promille der Verbandsfläche für Windkraft vorzusehen. Alles andere sei eine Verhin-

PLANEN FÜR 2020

Der Regionale Flächennutzungsplan gilt für 75 Kommunen im Ballungsraum Rhein-Main. Er gibt vor, wie die Region sich bis zum Jahr 2020 entwickeln soll. Aufgestellt wird er vom Planungsverband, in dem die CDU eine absolute Mehrheit hat.

Windkraft: Fünf Areale sind als Vorrangflächen ausgewiesen, das sind 1,4 Promille des Verbandsgebiets.

Wohnen und Gewerbe: Jeweils rund 2500 Hektar sind für neue Gewerbe- und Wohngebiete vorgesehen.

derungsplanung, die bei Klagen dazu führe, „dass das ganze Konzept platzt“. Dies habe zur Folge, dass wieder überall Windräder zugelassen werden müssten. Außerdem sei es völlig unmöglich, wie von der hessischen CDU favorisiert, die 20 Prozent regenerative Energie allein aus Biomasse oder Sonnenkraft zu gewinnen. „Wie viele Hektar Maisfelder und Sonnenkollektoren wollen Sie dafür anlegen“, fragte Wildhirt.

Nach Wildhirts Einschätzung dürfe das Wirtschaftsministerium eine solche Planung nicht genehmigen. Aus dem Hause von Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) war am Mittwoch dazu keine Stellungnahme zu erhalten.

Hessen werde mit solch einer Politik weiterhin Schlusslicht bei erneuerbaren Energien bleiben, sagte Kai Klose, planungspolitischer Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion. Nur fünf Prozent des Stroms stammten aus Alternativen Energiequellen. „So wird Hessen bestenfalls zum Musterland der Kohle- und Atomwirtschaft.“
Kommentar R4

Vorranggebiete für Windenergie

im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main



Quelle: Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main

FR/Beuer